

April 1935 - Reinhardt-Brief

Keine Stimme für einen „Vertrauensrat“!

Bringt das Nazi-Manöver zu Fall!

Für die Vertrauensratswahlen ist klar, daß sie von den Faschisten nur veranstaltet werden, um eine Propaganda-Lüge zu Gunsten des Dritten Reichs unterbauen zu können. Im „Angriff“, der „Tageszeitung der Deutschen Arbeits-Front“, stand am 6. Januar ausdrücklich: „Denke jeder daran, daß am Ende die Welt den Grad des Vertrauens, der Liebe und der Dankbarkeit im Volk zum Führer und damit die Stärke des Reichs daran mißt, wie die Männer vom Schraubstock in den ersten Frühjahrstagen wählen werden.“

Wer dies bedenkt, wird alles tun, um in dieser Abstimmung zu erreichen, daß dem **Nazi-Regime** eine Niederlage beigebracht wird. Wie ist das am besten möglich?

Goebbels hat bisher alle Zettel, die nicht völlig durchgestrichen oder nicht ungültig gemacht waren, als Ja-Stimmen gezählt. Den Prozentsatz der Ja-Stimmen hat er nur errechnet von den abgegebenen **gültigen** Stimmen. Das heißt: Wer seinen Zettel ungültig macht (wer also Namen selber dazu schreibt oder auch Parolen), oder wer der Wahl ganz fernbleibt, vergrößert damit den Prozentsatz der Ja-Stimmen, weil er die Schar der Nein-Sager (das sind die, die **alle** Namen durchstreichen!) verkleinert.

Gegen unsere Parole, **alle Stimmzettel völlig durchzustreichen**, wird eingewandt, daß man sich damit die Möglichkeit verbaue, wirkliche Vertrauensmänner der Kollegen zu delegieren. Kein Mensch könne doch leugnen, daß man dringend Funktionäre brauchte, die ehrlich die Interessen der Arbeiterschaft zur Geltung brächten. Wir brauchen tatsächlich wirkliche Vertrauensmänner in den Betrieben. Gerade **deshalb** aber muß man vermeiden, sie der Gestapo durch ein öffentliches Kenntlichmachen preiszugeben. Was die Arbeiterschaft von ihren Funktionären erwartet: Organisation einer passiven Resistenz, Verteilung von Material, Anbringung antifaschistischer Parolen, Organisation der Hilfeleistung für die gemäßregelten und eingekerkerten Kollegen – alles dies, ja sogar jede einfache Aufklärungsarbeit, ist in fast allen Fällen **heute** einem geschulten sozialistischen Funktionär leichter möglich, wenn er **offiziell** keinen Posten hat. Gewiß kann der illegale Funktionär nicht als Funktionär mit der Betriebsleitung verhandeln: es kann also der Fall eintreten, daß die Arbeiterschaft gern etwas dem Betriebsführer sagen möchte, wozu der Vertrauensrat zu feige ist. Dann hat ja aber jeder Kollege das Recht, Maßnahmen zu ergreifen. Wie wir an anderer Stelle zeigen, haben das die Arbeiter eines Leipziger Betriebes mit Erfolg getan. Viel wichtiger aber ist, daß der größere Mut eines Kollegen dem Betriebsführer gegenüber **heute** nichts Erhebliches bedeutet. Denn wie wir aus Erfahrung wissen, sind die Vertrauensräte im Dritten Reich dazu da, die Unternehmerwünsche den Arbeitern schmackhaft zu machen, wobei sie die Erlaubnis bekommen, den Wünschen der „**Gefolgschaft**“ so weit entgegenzukommen, wie dies die

Unternehmerherrschaft nicht stört. **Wer sich daran nicht hält, wird zurückberufen, gemäßregelt oder ins KZ gesteckt.** Die paar Erleichterungen, die ein Mitglied des Vertrauensrats für die Arbeiterschaft erreicht hat, wären sicherlich auch erreicht worden, wenn die wirklichen Funktionäre außerhalb des Vertrauensrats geblieben wären. Auf keinen Fall stehen solche Erleichterungen in irgend einem ordentlichen Verhältnis zu dem Verlust an Vertrauen, den ein Mitglied des Vertrauensrats bei der Arbeiterschaft erleidet, weil er auf die Dauer doch nur ein Vertrauensrat der Kapitalisten ist, oder gar zu den verstärkten Gefahren, die ihm durch die Gestapo drohen!

Diese Überlegungen nötigen dazu, eine Taktik abzulehnen, die geeignet ist, Verwirrung in die sozialistischen Reihen zu tragen, weil sie vorschlägt, zu versuchen, „gute Freigewerkschaftler und andere ehrliche Arbeiter auf die offiziellen Listen zu bringen“. Nach diesem Vorschlag soll in den Betrieben eine Verständigung herbeigeführt werden, welche Kandidaten auf den offiziellen Listen zu wählen, und welche zu streichen sind. Das würde, wie gesagt, bedeuten, daß Goebbels um viele Ja-Stimmen bereichert würde, und daß für die Sache der Arbeiterschaft in den Betrieben mindestens nichts gebessert, wohl aber so gut wie sicher eine Menge verschlechtert würde. Jeder verantwortungsbewußte Kollege sollte deshalb gegen die Parole auftreten, auf dem Wahlvorschlag die auszustreichen, die „ausgeprägte Unternehmernknechte“ sind.

Das beste Verhalten am Wahltag ist also dies:

Jeder geht zur Wahl, sichert sich, daß er selber einen Bleistift in der Tasche hat, streicht sorgfältig die erste und letzte Reihe auf dem Zettel ganz aus und verbindet die schräg gegenüberliegenden Enden der beiden Striche durch ein schräges Kreuz (ohne irgendetwas anderes auf dem Zettel zu vermerken!). Wer unter offenem Terror etwa das nicht verantworten zu können glaubt, versuche wenigstens, seine Stimme ungültig zu machen, am besten dadurch, daß er den Umschlag leer abgibt. Wen man **zwingt, nur einige Namen** zu streichen, der streicht die Nazi-Leute! (Wir erinnern daran, daß manche Terrorversuche der Betriebsführer bei der Wahl durch einheitlichen Protest abgewehrt werden können. Im Hamburger Hafenkranhaus waren im vorigen Jahr die Umschläge nummeriert, um die Nein-Sager zu erwischen. Ein Protest der Belegschaft erreichte, daß die Nummern entfernt wurden!). Nur so wird man es Goebbels unmöglich machen, sich sogar mit einem Schein des Rechts auf die Zustimmung der Arbeiterschaft zu den Taten des Hitler-Regimes zu berufen.

Die Betrogenen erwachen!

Kein Wunder, daß nicht nur bei Sozialisten, die ja den Nazischwindel vorausgesehen haben, sondern auch bei anderen Menschen die Erkenntnis durchdringt, daß das ganze Naziunwesen ein Bluff ist. Der nationalsozialistische „Filderbote“ beklagt sich über den Mißerfolg der drei Versammlungswellen, die über Stuttgart und Umgebung vor kurzem niedergegangen sind:

„In dem Filderort Plattenhart muß man die Zwischenwand des Kronen-Saales einschieben, um einigermaßen den Eindruck eines vollen Raumes zu erwecken. Der Gau schickt einen seiner

besten Redner, die Ortsgruppe schmückt den Raum zum festlichen Empfang; die Gliederungen der Partei erscheinen in Uniform, um dem Ganzen einen würdigen Rahmen zu geben, der Liederkranz stellt sich zur Verfügung – und der Saal bleibt halb leer. Das ist eine systematische Sabotage ... sie pfeifen auf den Nationalsozialismus.“

Und die Bauern? „Da ist das Erntedankfest 1935. Ortsgruppenleitung und Ortsbauernführer bereiten es mit Mühe vor. Die Ortsbauernschaft erläßt Einladungen zu einer Versammlung, in der das Programm für die Durchführung besprochen werden soll. Und wer erscheint? Sage und schreibe sechs bis acht Bauern. Und das Fest selbst? Spärliche Beflagung und spärliche Beteiligung derjenigen am Festzug, denen das Fest hauptsächlich gilt. Aber auch die anderen Bevölkerungskreise glänzen zu einem erheblichen Teil durch Abwesenheit. Sie scheinen sich des Nationalsozialismus zu schämen.“

Widerstandsnester

Aus einer Waldarbeiterkolonne wurden ehemalige SP- und KP-Arbeiter entlassen, um „alten Kämpfern“ Platz zu machen. Die nicht entlassenen Arbeiter erklärten nach kurzer Zeit, mit den „alten Kämpfern“ nicht arbeiten zu können, da diese nichts schafften. Nach Verhandlungen zwischen der Forstverwaltung und der Kreisleitung der NSDAP wurden die „alten Kämpfer“ entlassen und die SP- und KP-Arbeiter wieder eingestellt.

In einem großen Betrieb bei Berlin waren im Lauf von Lohndifferenzen die Dreher zu dem Entschluß gekommen, einzeln ihre Stellung zu kündigen. Ein Funktionär der Arbeitsfront versuchte in einer geheimen Sitzung mit ihnen, sie einzuschüchtern, indem er sie mit Verhaftung bedrohte. Sie kündigten trotzdem. Als die Kündigungsfrist abgelaufen war, wurden sie zum Direktor gerufen, der ihnen ihre Forderungen bewilligte und versprach, sie nicht der Gestapo zu melden. Dieser Erfolg machte natürlich auch den anderen Kollegen Mut.

In einer Amtswaltersitzung des Eisenbahndirektionsbezirks Köln fand neulich eine Besprechung der neuen Dienst- und Lohnordnung statt. Die alte war 200 Seiten lang und schon undurchsichtig, die neue ist über 300 Seiten lang und noch undurchsichtiger. Sie bringt sogar, vor allem bei Jungarbeitern, einen Lohnabbau. Während der Rede gab es fortwährend Zwischenrufe, so daß der Redner schließlich rief, er habe den Eindruck, unter Kommunisten zu sitzen. Darauf erhob sich ein so großer Tumult, daß die Sitzung geschlossen werden mußte.

Als Auftakt zu den Vertrauensrätewahlen fand man bereits schlagkräftige Parolen vor großen Betrieben angemalt: Nieder mit Hitler! Nieder mit Ley! Nieder mit den Ausbeutern!

Bei der Unterstützungsauszahlung im Arbeitsamt einer großen westdeutschen Stadt war infolge der Feiertage großer Andrang. Als die Massen unruhig wurden, forderte ein Arbeitsamtsangestellter auf, „die paar kommunistischen Ruhestörer herauszuholen“, dann würde die Auszahlung ruhig weitergehen. Er wurde darauf von den Wartenden verprügelt; die Polizei stellte dann die Ruhe wieder her.

In einem größeren Betrieb Hannovers stand kurz vor Weihnachten in großer Schrift angemalt: „Nieder mit der Hungerregierung!“ Trotz Abnahme von Schriftproben und Verhaftungen einiger Verdächtiger wurden die Täter nicht gefunden. Die Verhafteten wurden wieder entlassen.

Sammeltag der Kriegsoffer für die Winterhilfe in Hamburg: 8000 Büchsen standen bereit. Mittags um 13 Uhr kommandierte der Chef einer Amtsstelle alle seine Untergebenen zum Sammeln: „Von 8000 Büchsen sind erst 2000 in Betrieb!“ Ein Sammler war mit 25 Marken losgegangen – 16 brachte er zurück– In Danzig brachte bei einem Plakettenverkauf für das Schulfest ein Lehrer von 100 Plaketten 83 zurück: Der Fest-Redner stellt ihn als „Drückeberger“ vor und zeigte auf ihn: „Da steht das Schwein!“

Auch diesmal wieder wurden bei Görings Besuch bei Blohm und Voss 200 Krimis in Arbeitskitteln in das Werk gesteckt. Die Kollegen mußten förmlich in die Maschinenhalle, in der Göring sprach, hineingetrieben werden. Die Hälfte blieb trotzdem draußen, obwohl drinnen noch Platz war. Noch vor dem Schluß, während des Schlußliedes drängte ein Teil der Arbeiter schon wieder hinaus. – Zum Jahresbeginn verteilte der Portier bei dieser Firma Zettel mit der Aufforderung, zur Winterhilfe zu spenden, die ausgefüllt wieder abgegeben werden sollten. Ein Teil der Arbeiter warf die Zettel gleich nach Empfang wieder weg. – Auch in Vegesack entwickelte sich ein erheblicher Widerstand gegen den geplanten Lohnabzug für das Winterhilfswerk. Auf einer Werft mußte ein zweiter Anschlag herausgegeben werden, der noch einmal die Nichtzahler aufforderte, ihre „Pflicht“ zu tun. Die Amtswalter wurden beauftragt, die Säumigen einzeln zu bearbeiten, d. h. sie mit Entlassung zu bedrohen. Ähnliches melden andere Betriebe. – In Leipzig gingen die Arbeiter einer ganzen Abteilung auf das Lohnbüro und verweigerten die Beiträge zum Winterhilfswerk mit der Begründung: „Wir sind keine Akkordarbeiter und können deshalb nicht zahlen.“ Sie zahlten auch nicht!

Auf der Werft AG. Weser haben die Dreher mit Erfolg eine Stunde lang passiv Resistenz geübt, um einen Leistungszuschlag zu erhalten.

Instruktionsstunde in der Münchener Türken-Kaserne: Unteroffizier: „Wer am Ehrentempel vorbeigeht, muß grüßen. Wer nicht grüßen will, hat durch eine Nebengasse zu gehen!“

Der Vertreter einer bürgerlichen englischen Zeitschrift war in der Nähe von Wien im Walde auf eine illegale Versammlung von Sozialisten gestoßen. Man entdeckte ihn, er mußte warten, bis die Versammlung zu Ende war: dann bedeutete man ihm, sich fünf Minuten nach der anderen Seite zu drehen – nach dieser Zeit waren die Teilnehmer der Versammlung wie vom Erdboden verschlungen!

In der Berliner Universität fand eine Referendar-Versammlung mit Freisler als Redner statt. Thema: neue Rechtsanwaltsordnung. Sobald der begrüßende Amtswalter diese Ordnung erwähnt, erfolgt allgemein mißbilligendes Scharren mit den Füßen. Darauf schimpft Freisler 5 Minuten lang und wirft einen Referendar aus dem Saal mit der Bemerkung: „Ihr Lachen reizt mich.“ Dann redet er eine Stunde über nationalsozialistische Weltanschauung. Eisige Stille herrscht: kein Beifall, kein Heil Hitler! zum Schluß.

Die Betriebsversammlung eines großen Maschinenbetriebes in Frankfurt wurde kürzlich durch Stinkbomben gesprengt, gerade als der Redner die Gewerkschafter und Marxisten als Lumpen und Verbrecher beschimpfte. Die Kollegen flüchten panikartig aus dem Speisesaal. Einige drückten vor Angst die Scheiben ein und hielten den Kopf an die frische Luft.

In einem Betrieb mit etwa 60 Kollegen spricht ein Schulungsleiter der DAF (deutsche Arbeitsfront) gegen die „Marxisten“. Darauf Zwischenrufe. Darauf der Redner: „Hier scheint es ja auch eine ganze Reihe zu geben.“ Antwort: „Du merkst aber auch alles!“ Und: „Außer Deinen Spitzeln, alle!“ [...]

Für den Verkehr mit der Gestapo

Bei einem Unfall, den zwei Kollegen vor einiger Zeit erlitten, stellte sich bei der Öffnung ihres Arbeitsschranks heraus, daß sie illegales Material darin aufbewahrten. Sie wurden natürlich verhaftet. Hebt illegales

Material also woanders auf – bei jeder Durchsuchung wird natürlich ohnehin ein Schrank auf alle Fälle geprüft. – Der Transport von illegalem Material durch Fahrräder und Motorräder ist gefährlich, weil die Möglichkeit eines Unfalles und also einer Entdeckung, gerade bei diesen Verkehrsmitteln, in Städten besonders groß ist. Straßen- und Eisenbahnen sollten, wenn irgend möglich, als Verkehrsmittel bevorzugt werden.

Arbeiter in Staatsbetrieben oder in Betrieben, die Staatsaufträge erhalten, werden von der Gestapo besonders bespitzelt. Wir kennen Fälle, wo Kollegen eine Arbeit zugesagt bekommen hatten, aber nach Rückfrage der Werksleitung bei der Gestapo abgelehnt wurden.¹

Literatur

Lemke-Müller, Sabine (1996): Ethik des Widerstands: der Kampf des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) gegen den Nationalsozialismus ; Quellen und Texte zum Widerstand aus der Arbeiterbewegung 1933 - 1945. Bonn: Dietz.

¹ Lemke-Müller 1996, S. 85–90, Reinhart-Brief April 1935, Hervorhebungen nach Abdruck bei Lemke-Müller..